

Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen.

Im Stadtrate berichtete VB. Hoss über die infolge des Abganges bei den Unternehmungen notwendig gewordene Tarifierhöhungen. Für die städtischen Strassenbahnen beantragte er folgende Fahrpreiserhöhungen: Für eine Fahrt im Werktags-Frühverkehr, sowie für Kinder- und Schülerfahrten und die sonstigen Fahrten, die bisher 16 Heller kosteten, Erhöhung auf 20 Heller.

Für die Fahrten, welche bis jetzt 22 Heller kosteten, ein Erhöhung auf 30 Heller bis 9 Uhr abends und auf 40 Heller nach 9 Uhr abends bis Betriebsschluss.

Die Fahrpreise zu 32 Heller für mehr als 4 Teilstrecken werden auf 40 Heller, die Hin- und Rückfahrtscheine von 32 Heller auf 42 Heller und die Nachtpreise nach dem gewöhnlichen Betriebsschluss von 40 Heller auf 50 Heller erhöht.

Die Preise für Netzkarten sollen betragen: monatlich 50 Kronen (bisher 36 Kronen), halbjährlich 260 Kronen (bisher 190 Kronen).

Die Streckenkarten werden von 16 Kronen auf 21 Kronen, von 20 auf 25 Kronen und von 25 auf 30 Kronen erhöht.

Für eine Fahrt im Tarifgebiet 2 auf einer Teilstrecke wird der Preis bis 9 Uhr abends von 22 auf 30 Heller, nach 9 Uhr abends von 22 auf 40 Heller erhöht. Der Preis für die Fahrt auf zwei Teilstrecken wird von 32 Heller auf 50 Heller, auf drei Teilstrecken von 40 Heller auf 60 Heller und auf vier Teilstrecken von 50 Heller auf 70 Heller erhöht. Der Nachlass bei Vorverkaufsscheinen wird von 15 % auf 10 % vermindert.

StR. Spalowsky stellte folgende Anträge: Für alle öffentlichen und privaten Angestellten, sowie für Arbeiter werden über Ansuchen Legitimationen ausgestellt, welche zur viermaligen Fahrt zwischen dem Wohn- und Arbeitsorte gegen Entrichtung eines Fahrpreises von 20 Heller für jede Fahrt berechtigen.

Der Spinn- und Feiertagspreis für Kinder ist mit 12 Heller zu belassen.

Der Preis der Streckenkarten für zwei Teilstrecken ist mit 20 Kronen monatliche festzusetzen.

Der erste Antrag wurde abgelehnt. Die Referentenanträge mit den zwei anderen Abänderungsanträgen des StR. Spalowsky wurden genehmigt.

VB. Hoss berichtete sodann über die Erhöhung der Tarife der städtischen Gaswerke. Gaswerksdirektor Ingenieur Menzel wies darauf hin, dass die Gesteuerungskosten für die Erzeugung des Gases in den letzten Jahren eine ausserordentliche Steigerung erfahren haben, so dass sich die Kosten für 1 m³ Gas um 8'8 Heller höher als im Vorjahre stellen. Von grossem Einfluss auf die Preisstellung sei auch der Umstand, dass für die Nebenprodukte, welche zum grossen Teile vom Staate bezogen werden, Höchstpreise festgesetzt sind, die den allgemeinen Preissteigerungen nicht mehr entsprechen. So müssen die Wiener Gaswerke den Teer um 8 Kronen per Meterzentner abgeben, während das Budapester Gaswerk hierfür 12 Kronen erhält. Diese Differenz allein bedeute einen Ausfall von rund einer Million Kronen im

Jahr.

An der Debatte beteiligten sich die StRe. Körber, Nemetz Müller, Jung, Zatzka und Brauneiss. Die StRe. Poyer und Schmid stellten folgende Resolution: Der Stadtrat fordert angesichts der ausserordentlich gestiegenen Gesteuerungskosten der Wiener städtischen Gaswerke eine diesen Verhältnissen volle Rechnung tragende Erhöhung der staatlich festgesetzten Preise für die bei der Vergasung sich ergebenden Nebenerzeugnisse. Der Stadtrat erwartet, dass bei diesen Preisfestsetzungen die österreichischen Gaswerke nicht ungünstiger als die ungarischen behandelt werden.

Nach dem Antrag des Berichterstatters wurde der Gaspreis von 20 Heller auf 26 Heller per m³, für Automaten wurde die Gasmessermiete von 1 Krone auf 3 Kronen pro Monat erhöht.

VB. Hoss berichtete schliesslich über die Regelung der Preise der städtischen Elektrizitätswerke. Direktor Ingenieur Karel gab eine Darstellung der finanziellen Lage der Werke und betonte die Notwendigkeit der Erhöhung der Strompreise.

An der Debatte beteiligten sich die StR. Nemetz, Poyer, Schmid und Hötzel. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurden die Strompreise in der Weise erhöht, dass die bisherigen Zuschläge von 17 bis 20 % auf 60 % erhöht wurden.

Invalidenamt Wien. Am 20. d.M. wird das im Sinne des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. März 1918 neu geschaffene Invalidenamt Wien seine Tätigkeit beginnen. Hervorgegangen aus einer Vereinigung der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, welche bisher ihren Sitz im Neuen Rathaus bei Magistrats-Abteilung 11 hatte, wird das Invalidenamt Wien in den bisherigen, entsprechend erweiterten Räumen der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide, 7. Bezirk Neubaugürtel 32 amtierend. Es werden also daselbst Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung, Arbeitsgerät, Hilfe bei der Selbstständigmachung, die Mitwirkung bei der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten u.s.w. in seinen Wirkungskreis fallen. Doch auch die städtische Beratungsstelle wird ihre Tätigkeit, insoweit sie über den bezeichneten Agendenkreis des Invalidenamtes hinausgeht, - also hauptsächlich Fragen des staatlichen Unterhaltsbeitrages für die Angehörigen von Eingerückten u.s.w. - betrifft in den schon bezeichneten Amtsräumen 7. Bezirk Neubaugürtel 32 mit regstem Interesse weiter entfalten.

Auszeichnung. Magistratskommissär Dr. Ignatz Pichler, Sohn des Gemeinderates Johann Pichler wurde für vorzügliche Dienstleistung vor dem Feinde durch die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Ein zweiter Sohn des genannten Gemeinderates steht ebenfalls als Offizier im Felde.

Pferdelizitationen. Mit Rücksicht auf die sich ergebenden Schwierigkeiten bei der Abgabe von Ersatzpferden für niedrig geschätzt bewesenen Lizitationspferde können im Falle Mangels an Ersatzpferden gleichen Ausrufspreises auch Ersatzpferde mit höheren Ausrufspreisen an die ersatzberechtigten Käufer von Lizitationspferden abgegeben werden, wenn der Ersatzberechtigte die Differenz zwischen dem Ausrufspreise des zu übernehmenden

Pferdes und dem Ausrufspreise des ursprünglich gekauften Lizitationspferdes bar erlegt.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 19. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung, worauf sofort in die Verhandlung über den Hauptvorschlag für das Verwaltungsjahr 1918/19 (Berichterstatte VB. Hoss) eingegangen wird.

Eine Generaldebatte entfällt.

Als erster Redner spricht zur Gruppe 1 GR. Dr. Granitsch welcher ausführt: Die Opposition verüble es der Mehrheit nicht, dass das Budget einen Abgang von vielen Millionen Kronen aufweise. Es habe ihn angenehm berührt, dass Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gestern gelegentlich der Ernährungsdebatte mit grosser Energie gegen die Schuldtragenden aufgetreten sei. Die Regierung werde einem Brücke des Wiener Gemeinderates nicht leicht widerstehen können. Unzählige Versäumnisse habe sich die Regierung in den 4 Jahren des Krieges zuschulden kommen lassen, die Sünden der Verwaltung kommen auch in dem Gemeindebudget zum Ausdruck. Der Krieg habe aber auch gezeigt, dass die österr. Landwirtschaft ausserordentlich rückständig ist. Die Schutzzölle hatten wohl den Erfolg, dass die Landwirte reichen Gewinn hatten, sie verhinderten aber eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung. Die ungarischen und die österreichischen Agrarier sind die wirklichen Feinde. Der Wiener Gemeinderat müsse heute schon seine Stimme gegen Festsetzung von Zöllen für die Getreide- und Vieheinfuhr erheben. Die österreichische Verwaltung habe nicht einmal die Macht, Nahrungsmittel aus den Ueberschussbezirken des Reiches nach Wien zu bringen.

Der Redner bespricht sodann die gegenwärtigen Zensurverhältnisse in Wien und bemerkt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung gegen die Knebelung des freien Wortes sich wahren müsse. Ein Organ wie der Abend sei eine Notwendigkeit gewesen, eine Kritik müsse sein. (Zwischenruf: Kritik wohl aber keine Verleumdungen!) Die bedeutendste Individualität die Oesterreich im Weltkrieg hatte, musste abtreten, Graf Czernin, der uns dem Ostfrieden brachte und der uns den Ausbau Oesterreichs auf demokratischer Grundlage in Aussicht stellte. Herr von Seidler, der als eine nationale Notwendigkeit hingestellt wird, habe nichts getan, um endlich die lex Kolisko zur Tat zu machen. Die österreichischen Regierungen sind selbst schuld daran, dass sich die nationalen Streitfragen nicht lösen lassen, denn sie können sich nur dadurch halten, dass eine Nation gegen die anderen hetzt. Was die Ausführungen des GR. Kunschak anbelangt, war es ein grosses Unrecht, schon wieder auf die jüdischen Schleichhändler hinzuweisen und die christlichen gar nicht zu erwähnen, statt beide zu bekämpfen.

Zur Fragen der kommenden neuen Besteuerungen müsse er sich im Namen seiner engeren Parteifreunde gegen die neulichen Tarifierhöhungen aussprechen. Er finde eine teilweise Erhöhung der Umlagen gar nicht so unangebracht, wie es immer dargestellt werden, es müsse nur ein Unterschied gemacht werden. Die Zinsheller bei kleinen Wohnungen müssen selbstverständlich freibleiben, aber die Zinsheller der grossen Wohnungen, die die vielen Kriegsmillionäre bewohnen, vertragen ganz gut eine solche Erhöhung.

Von der Wahlreform hören wir auch nichts mehr. Die Redner in der energischsten Weise reklamieren. Nach langer Zeit sind Kollegen unserer Partei in den Stadtrat eingezogen aber trotzdem seither fast ein Jahr verflissen ist, ist noch kein Stadtrat der Opposition am Referententische erschienen, das sei ein Skandal denn es gebe keine Stadträte erster und zweiter Klasse. Redner schliesst: So schlecht das Budget auch sein mag, wenn der Zeitraum für den es gilt uns das bringt, was wir alle ersehnen, den Frieden, werden wir diesen Budget nichts nachtragen.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 62. Woche und zwar für diese Woche im erhöhten Ausmasse von 25 dkg für den Kopf an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben V und W an folgenden Tagen in den Vormittagsstunden abgegeben werden: Samstag, 22. A bis F, Montag, 24. G bis K, Mittwoch, 26. L bis R und Donnerstag, 27. d.M. S bis Z. An die Besitzer von w e i s s e n Einkaufscheinen wird an denselben Tagen von 4 Uhr nachmittags an, inselange die Vorräte reichen, Pferdefleisch im Höchstausmasse von 1 kg für jeden Haushalt zum ermässigten Preise von K 8^{.-} für Vorderes und K 10^{.-} für Hinteres gegen Abtrennung des Abschnittes XIV vom weissen Einkaufschein in nachstehenden Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier A.G. abgegeben werden: 2. Volkertplatz, (für Bewohner des ersten und zweiten Bezirkes), 3. Thomasplatz, 4. Phorushalle, 5. Kohl-gasse, 6. Gumpendorferstrasse (für Bewohner des 6. und 7. Bezirkes), 8. Albertgasse, 9. Viriotplatz, 10. Kolombusplatz, 11. Enckplatz, 12. Niederhofstrasse, 13. Hütteldürferstrasse, 14. Zollersperggasse, 14. Meisselstrasse, 15. Neubaugürtel, 16. Johann Nepomuk Berger -Platz, 16. Yppenplatz, 17. Dornerplatz, 17. Wallgasse, 18. Gersthofer Markt, 19. Hannoverplatz, 20. Innstrasse, 21. Floriäsdorf und 21. Stadlau.

GR. Rotter beschäftigt sich mit der Ordnung der Gemeindefinanzen und schlägt eine Gemeindeabgabe auf Börsenschlüsse, auf die Eintrittspreise am Turf, sowie die Erhöhung der Spitalgebühren für Wohlhabendere vor. Weiters bespricht er das gänzliche Versagen der Zentralen, wobei er sagt, man habe die Bevölkerung einer Bande von Plasmachern, Preistreibern und Schleichhändlern ausgeliefert. Auch das Parlament habe gänzlich versagt und sich statt mit der Regelung der Ernährung mit Staatszersetzung befasst. Zum Schlusse forderte er im Interesse der Volkswirtschaft die Entlassung der älteren Selbstständigen.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Reumann führt aus: Unter dem Eindrucke des Zusammenbruches des staatlichen Ernährungsdienstes, den wir gestern ausführlich besprochen haben, tritt das Interesse an der Budgetdebatte naturgemäss in den Hintergrund, obwohl gerade das gegenwärtige Budget mit seinem Gesamterfornisse von 355 Millionen Kronen allen Anlass zu eingehender Erörterung bieten würde. Es ist ja bekannt, dass unser Budget immer anfechtbar war und von uns schon der saloppen Art wegen in der die Ansätze eingestellt werden, wiederholt angefochten wurde. Da die Ansätze niemals ganz richtig waren wurden wir oft im letzten Moment gezwungen, für eine Wiederherstellung des Gleichgewichtes vorzusorgen; dasselbe wird ja auch bei dem vorliegenden Budget wieder der Fall sein.

Der Redner bemerkt, dass ein grosses Reservoir zur Deckung des Abganges in jenen Beträgen zu finden sei, die für verschiedene grössere Bauten schon seit Jahren veranschlagt sind, und bespricht sodann die in Aussicht genommenen Tarifierhöhungen der grossen städtischen Unternehmungen. Namentlich die Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen sei eine tief einschneidende Massnahme. Er müsse warnen, in der jetzigen Zeit einen solchen Beschluss zu fassen,

da die Bevölkerung ausserordentlich empfindlich sei. Man möge sich deshalb mit dieser Frage Zeit lassen und darüber nachdenken, ob nicht ein anderes Mittel vorhanden sei, um das Gleichgewicht im Stadthaushalte herzustellen. Da die Bevölkerung gleichmässig zu den Lasten des Staates und der Gemeinde herangezogen werde, müsse sie auch der gleichen Rechte teilhaftig werden. Das Wahlrecht in der Gemeinde müsse derart abgeändert werden, dass auch die breiten Schichten der Bevölkerung eine entsprechende Vertretung erhält. Wie das Wahlrecht geändert werden soll, darüber bestehen in der christlichsozialen Partei selbst verschiedene Meinungen. Die Arbeitervertreter wollen das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz, während die bürgerlichen Vertreter einen davon abweichenden Standpunkt haben. Die Sozialdemokraten sind für die Beseitigung des Wahlkörpersystems, wollen aber auch nicht die Einführung von 2 Kurien, sondern das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz. Sie verlangen aber auch das Frauenwahlrecht, welches mehr zu Gunsten der Christlich-Sozialen als der Sozialdemokraten ausfallen wird. Die Frauen haben sich Verwaltungsaufgaben gewachsen gezeigt, deshalb muss ihnen auch das Recht eingeräumt werden, an der Verwaltung teilzunehmen. Dieses Recht darf den Frauen nicht mehr vorenthalten werden.

Ich möchte nun einige Worte über den Stadtrat sagen. Dr. Granitsch hat gemeint, dass noch von keinem Stadtrat der Opposition ein Referat erstattet worden ist. Ich weiss nicht, ob er von den beiden Herren beauftragt wurde, sie unter seine schützenden Fittiche zu nehmen, (lebhaftes Heiterkeit) aber es hat jedenfalls komisch ausgesehen, dass die beiden Herren hier durch einen Dritten eine Beschwerde vorbringen liessen. Wenn die Opposition in den Stadtrat einzieht, muss man sich noch nicht einbilden, dadurch die vollkommene Gleichberechtigung im Stadtrate erzielt zu haben.

GR. Angermayer: Warum beschwerten sich die Herren nicht selbst?

GR. Reumann: Die Herren hätten ja das Recht gehabt, im Stadtrat sich zu beschweren, dass sie es überhaupt eventuell tun müssen, kommt daher, dass hier Allen noch die Schlacken der alten Ordnung, der ganz skrupellosen Unterdrückung der Minorität anhängen.

GR. Partik: Das sieht so aus, als ob die Herren der Opposition von lauter Unterdrücken, nichts als blaue Flecke haben (lebhaftes Heiterkeit)

GR. Müller: Im Stadtrat hat sich Dr. Hein noch nie beschwert.

GR. Reumann: Die ganze Zusammensetzung des Stadtrates bringt es ja mit sich, dass der einzelne Stadtrat nur einen geringen Einblick in die Geschäftsgebarung erlangt. Wenn es eine Zeit gegeben hat, wo wir wenigstens ein Kontrollrecht im Stadtrat verlangten, so halten wir diese Zeit für überholt und wird unsere Forderung nach einer Vertretung im Stadtrate nicht mehr erfolgen. Wir verzichten vielmehr feierlichst auf ein Stadtratsmandat, da wir die uns zukommende Vertretung in dem Momente haben werden, in welchem sich die ganze Hinfälligkeit dieses gegenwärtigen Wahlrechtes erweisen wird. Wir wissen, dass dieses Wahlrecht nicht mehr lange adrecht erhalten werden kann. Wir wissen, dass die Zeit gekommen ist, wo Bresche gelegt werden wird in das Wahlprivileg, wir wissen, dass die Wahlreform kommen muss

und zwar schon in der allernächsten Zeit und wir wissen, dass die Tag der kompakten Majorität der Christlich Sozialen in diesem Saale gezählt sind und deshalb können wir ruhig zuwarten und auf ein Stadtratsmandat verzichten, das Sie uns nur aus Gnade einräumen wollen, um uns zu einer Aschenbrödelrolle zu verurteilen.

Ebenso rückständig und im höchsten Grad reformbedürftig ist das Wahlrecht in den Bezirksvertretungen, das gleichzeitig mit dem Gemeindevahlrecht reformiert werden müsse. Sie können diese Wahlreform zwar verzögern, niemals aber verhindern.

BGM. Dr. Weiskirchner: Das wollen wir auch gar nicht.

GR. Reumann bespricht nun die im Laufe der Zeit erfolgten verschiedenen Zuwendungen an die städtischen Beamten, die er für vollauf gerechtfertigt finde, denn die städtische / Beamtenschaft habe während des Krieges geradezu kolossale Leistungen vollführt, einzelne Abteilungen wurden in musterhaftester Weise geleitet, insbesondere alle jene, welche unseren Ernährungsdienst eingegriffen haben, haben mit einer bewunderungswürdigen Präzision gearbeitet. Aber auch andere Beamte und Aemter haben im Kriege harte und schwere Arbeit geleistet, wie das Konskriptionsamt und die Magistratsabteilung XVI-, und was auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge jetzt geleistet wurde, verdient unsere vollste Anerkennung, wenn auch die vielen Versäumnisse der früheren Jahre sich jetzt nicht gut machen lassen.

Der Redner bespricht sodann nochmals die Frage der Erhöhung des Strassenbahntarifes vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus und glaubt, dass die arbeitende Bevölkerung durch die Erhöhung des Strassenbahntarifes schwerer getroffen werde, als durch die Erhöhung des Zinshellers. Der Redner erklärt schliesslich, dass die Sozialdemokraten, solange das gegenwärtige Gemeindevahlrecht besteht und solange eine auf Grund dieses Wahlrechtes gewählte Mehrheit in der Ratsstube sitzt, den Voranschlag der Gemeinde nicht bewilligen könne, weil sie zu einer solcher Art zusammengesetzten Gemeindeverwaltung kein Vertrauen haben könne.

GR. David erklärt, dass der Gemeindeverwaltung kein Vorwurf für die mangelhafte Versorgung der Gemeinde Wien gemacht werden könne weder was die Ausübung noch die Verteilung anbelangt, wohl aber müssen gegen die Regierung, gegen die Staatsverwaltung schwere Vorwürfe erhoben werden. Er könne nicht begreifen, dass der gegenwärtige Ministerpräsident sich für so unersetzlich halte und absolut nicht von seinem Posten weichen wolle.

Auf die Approvisionnement zurückkommend, muss ich sagen, es wäre ungerecht, ja geradezu lächerlich, unserer Gemeindeverwaltung einen Vorwurf zu machen, wenn nicht immer alles geklappt hat, denn keine noch so exakt arbeitende Gemeindeverwaltung wäre in der Lage gewesen, eine Zweimillionenstadt durch 4 Kriegsjahre ohne alle Klagen und zeitweilig Anstände zu versorgen; es treten eben immer Momente der Not ein. Wir leben ja in einer belagerten Festung und sogar unsere Nachbarn, die Ungarn, geben uns nichts, mit denen wir ja in einer Zivilehe zwischen Herrn Stephan und dem Fräulein Austria leben (Heiterkeit) und zwar deshalb, weil sich eine Zivilehe leichter wieder lösen lässt. Redner spricht dann über einige Teilfragen des Budgets und den Fehlbetrag von 17 Millionen und sagt, dass die zur Deckung beabsichtigten Erhöhungen sehr unpopulär wären und die Sympathien der Wählerschaft kosten können.

GR. Poyer: Da können Sie ja nur froh sein, denn da kommen Sie ja früher dran! (Heiterkeit).

GR. David: O nein, ich stehe auf dem Standpunkt, dass es sogar eine gewisse Gefahr für uns wäre, jetzt die Verwaltung zu übernehmen. (Neuerliche Heiterkeit). Jedenfalls bitte ich Sie dringendst, jetzt von allen Erhöhungen Abstand zu nehmen, denn die Nerven der Bevölkerung sind gespannt bis zum Zerreißen.

GR. David bespricht ferner die Wahlrechtsfrage und fordert das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes mit dem Proporz, welches letzterer für alle Institutionen der Gemeinde, auch für den Bezirksrat zu gelten hat. Diese Korporation dürfte nicht einseitig zusammengesetzt werden, damit nicht solche Dinge vorkommen wie in dem Falle der Firma Eisler & Wachalowski, der um einen minimalen Bestandzins Strassenzüge für ihren Betrieb zur Verbauung überlassen wurden und der in der nächsten Zeit noch weitere Baubegünstigungen eingeräumt werden sollen. Die Beratung wird sodann abgebrochen und morgen um 4 Uhr nachmittags fortgesetzt.

-.-.-.-.-